

Haushaltsrede

Ulla Griepentrog

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kämmerin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir können gemeinsam zufrieden sein mit dem Ergebnis dieser Haushaltsberatungen. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, dass es gelingt, wenige Monate vor der Kommunalwahl zu einem einvernehmlichen Beschlussentwurf zu kommen.

Wir haben untereinander in Aachen eine gute Diskussionskultur und in allen Fraktionen den Willen zur interfraktionellen Zusammenarbeit zum Wohle dieser Stadt. Politik und Verwaltung ziehen weitestgehend an einem Strang. Und wir haben in allen Bereichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich unermüdlich und mit viel Engagement für die Belange der Bürgerinnen und Bürger, für das Weiterkommen unserer Stadt, für die Organisation des Gemeinwesens und die Daseinsvorsorge einsetzen. Wenn sich hier und da einige Bürgerinnen oder Bürger in der Öffentlichkeit heftig über politische Entscheidungen oder Verwaltungshandeln beklagen, möchte ich dazu hier auch einfach sagen können: Wir sind in Aachen insgesamt sehr gut aufgestellt und jammern manchmal schon auf hohem Niveau.

Trotz des wochenlangen Wegbrechens der CDU-Fraktion im Frühsommer und ohne klare Mehrheitsverhältnisse im Rat haben wir heute auf der Basis einer sehr guten Verwaltungsvorlage einen Haushalt vorliegen, der von Verantwortung und Vernunft geprägt ist, in dem sich aber auch alle Fraktionen politisch wiederfinden können. Vielleicht mit der Ausnahme der Linken, denen der Stellenausbau im Bereich der Kinderbetreuung natürlich viel zu langsam geht oder

der FDP, die natürlich nicht anerkennen mag, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer eine unausweichliche Notwendigkeit ist. Am Ende haben uns die Kolleginnen und Kollegen der FDP leider doch nicht verraten, mit welchen Kürzungsvorschlägen sie einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen und die Erhöhung der Gewerbesteuer vermeiden wollten.

Wir alle wissen: Der Haushalt wurde erst durch die zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung der Gewerbesteuer genehmigungsfähig. Ohne die Gewerbesteuererhöhung würde die Stadt Aachen ihre eigenständige finanzpolitische Handlungsfähigkeit verlieren. Die Haushaltsplanung liegt trotz der Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes nur denkbar knapp unter der zulässigen Verschuldungsgrenze von 5 Prozent des Eigenkapitals der Stadt.

Zwar hat die Stadt das Gewerbesteueraufkommen in den Jahren seit 2011 deutlich steigern können. Von den Mehreinnahmen aus der gestiegenen Wirtschaftskraft der Unternehmen konnte die Stadt aber nicht wirklich profitieren. In nahezu gleichem Maße wie die Einnahmen aus der Gewerbesteuer stiegen, stiegen auch die Zahlungsverpflichtungen an den Fonds Deutsche Einheit und in die Gewerbesteuerumlage zugunsten von Bund und Land, sanken die Schlüsselzuweisungen des Landes.

Die Gewerbesteuer in Aachen ist letztmalig vor 18 Jahren erhöht worden. Die Erhöhung des Hebesatzes auf 475 Prozent bedeutet für die Unternehmen eine tatsächliche Gewerbesteuererhöhung von 6,7 Prozent. Im Vergleich mit anderen Kommunen steht die Stadt mit dem erhöhten Hebesatz aber immer noch im Mittelfeld. Mit der Steuererhöhung verlangen wir vor allem den großen Unternehmen einen höheren Beitrag ab, um auch in Zukunft einen gewissen Gestaltungsspielraum zu behalten.

Die Kommunen sind nach wie vor strukturell unterfinanziert, der Haushalt birgt die Risiken zusätzlicher Belastungen und wegbrechender Einnahmen. Zusätzliche neue Projekte werden zeitnah nur in Angriff genommen werden können, wenn gleichzeitig andere Projekte gestrichen oder zurückgestellt werden.

Das letzte Jahr ist glücklicherweise besser gelaufen als erwartet. Im Zuge des U3-Ausbaus waren erhebliche Personalkostensteigerungen bei der Kinderbetreuung zusätzlich zu finanzieren und die wieder gestiegene Zahl von Flüchtlin-

gen machte die Verstärkung der Sozialraumteams notwendig. Flüchtlinge sind uns in Aachen willkommen, die Aachener Save-me Kampagne ist ein bundesweit vorbildliches Modell der Integration von Flüchtlingen. Der finanzielle Aufwand für Betreuung und Unterbringung vor allem der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist allerdings erheblich und war so im Etat ebenfalls nicht vorgesehen.

Wir stehen zu einer ernstgemeinten Willkommenskultur. Dieses Thema wird uns an vielen Stellen in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Besonders als Grenzkommune brauchen wir aber auch Unterstützung vom Land, dafür laufen derzeit Gespräche mit Ministerium und Landespolitik.

Zu den unerwarteten Ausgaben kam die Alemannia-Pleite. Wir erinnern uns alle ungerne, mit welcher Abgebrühtheit dem Rat bei seiner Entscheidung für die Umfinanzierung des Stadions die wahren finanziellen Verhältnisse verschwiegen wurden. Die sogenannte Vollständigkeitserklärung war das Papier nicht wert. Nach dem wirtschaftlichen und sportlichen Absturz muss die Stadt die Insolvenz verkraften. Der Rat hat in dieser Situation keine andere Wahl als auch die Kosten für den Stadionunterhalt zu übernehmen. In diesem Jahr wird die Stadt dann konsequenterweise auch Eigentümerin des Stadions werden müssen. Dann werden wir zügig zu einer vielfältigeren Nutzung des Stadions über den Fußball hinaus kommen müssen, um wenigstens die Betriebskosten zu decken.

Gerade das ungewollte Stadionengagement hinterlässt in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck, als habe die Kommune kein Geld. Im Gegenteil werden finanzielle Forderungen an die Stadt gerne mit dem Argument untermauert: „Aber für die Alemannia, da habt ihr Geld.“ Minderausgaben an anderer Stelle und gestiegene Einnahmen haben es möglich gemacht, den Mehraufwand zu stemmen. Das neue Stadion im Sportpark Soers zu schließen und langsam verrotten zu lassen, war ernsthaft keine Alternative.

Angesichts der Summe der zusätzlich notwendigen Ausgaben hätte es in der Tat schlimmer kommen können. Die vorhandenen Strukturen in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur und Sport konnten erhalten und gesichert werden. Die

Zuschüsse für die freien Träger wurden sogar um 2,5 Prozent für die Jahre 2014 und 2015 erhöht. Das sieht in vielen anderen Städten schon ganz anders aus. Und wir sind froh, dass wir in den interfraktionellen Beratungen die Politik der letzten Jahre fortsetzen konnten. Die Schwerpunkte des Haushalts liegen auch in diesem Jahr vor allem im sozialen und im Bildungsbereich, im Ausbau der U3-Betreuung und der Offenen Ganztagschule, in der Sanierung und im Neubau von Schulen und Kindertagesstätten.

Aber weil wir wissen, dass es immer unerwartete, außergewöhnliche Belastungen geben wird, die auch nicht immer durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite ausgeglichen werden können, gilt natürlich der Grundsatz weiter, dass ohne Deckungsvorschlag, ohne den Verzicht auf Ausgaben an anderer Stelle keine neuen Projekte finanziert werden können. Gerade weil der Haushalt im letzten Jahr Millionen Mehrausgaben vor allem im Bereich Bildung und Erziehung verkraften musste, gibt es keinen vernünftigen Grund, von diesem Grundsatz abzuweichen. Die Versuchung ist offenbar dennoch groß – vor allem im Wahljahr. Nur zu gerne versprechen manche in diesen Wochen allen alles und wir wollen uns auch hier nicht als die besseren Sparapostel aufführen. Aber der blanke Populismus mit Blick auf die Wählerstimmen ist weder glaubwürdig noch zukunftsfähig. Wir können nicht wie die SPD in der letzten Woche einer Interessengruppe wie den Honorarkräften der Musikschule, die die Übernahme in den öffentlichen Dienst fordern, einen öffentlichen Blankoscheck ausstellen, ohne seriös Rahmenbedingungen und Finanzierbarkeit geprüft zu haben. Natürlich ist das Anliegen einiger Lehrkräfte der Schule verständlich. Aber was für die Honorarkräfte an der Musikschule gilt, muss am Ende natürlich auch für die Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschule oder anderer Einrichtungen gelten. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten vom Rat die Erarbeitung gerechter und vor allem gerechneter Konzepte und keine Schnellschüsse im Vorwahlkampf.

Ich bin davon überzeugt, wir werden für die Honorarkräfte in den verschiedenen Einrichtungen eine gute Lösung finden.

Ein gutes Beispiel wie man auch anders an Finanzierungsfragen herangehen kann, ist die Debatte über die finanzielle Ausstattung der Freien Kultur in Aachen. Für uns ist es geradezu selbstverständlich, dass natürlich auch die städtischen Zuschüsse in diesem Bereich nach zehn Jahren erhöht werden müssen. Trotzdem ist es richtig, zuerst darauf zu bestehen, dass die Mittel hierfür im Wirtschaftsplan des Kulturbetriebs erwirtschaftet, sprich an anderer Stelle eingespart werden. Wenn im Kulturbetrieb „Überschüsse“ erwirtschaftet werden – man hat also den städtischen Zuschuss nicht ganz ausgegeben –, gibt es aus unserer Sicht bessere Verwendungsmöglichkeiten für diese Mittel als die Neugestaltung des Eingangsbereichs eines Museums. Die Erhöhung der KASTEMittel ist notwendig. Nach zehn Jahren müssen die Zuschüsse an die einzelnen Projekte aus der Freien Kulturszene aufgestockt werden.

Es gibt noch einen anderen wichtigen Bereich, für den wir bisher kein Geld im Haushalt veranschlagt haben, den wir aber unbedingt erhalten, sprich finanzieren müssen: die Schulsozialarbeit! Für uns ist die Sozialarbeit an den Schulen unverzichtbar! Wenn die Bundesmittel hierfür wegbrechen, werden wir eine andere Finanzierungsmöglichkeit finden müssen. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein einer präventiven Jugend- und Bildungspolitik. Sie hat sich als wirkungsvolles und vielfältiges Instrument erwiesen, um unterschiedlichsten Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu begegnen. Außerdem ist diese Arbeit aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken

Sowohl die Sozialarbeiter selbst, aber viel mehr die Schüler, Lehrer und Eltern brauchen eine dauerhafte Perspektive für die Schulsozialarbeit.

Mit der Umsetzung der Ziele der Inklusion liegt insgesamt eine große Aufgabe vor uns. Für erste investive Maßnahmen in unseren Schulen haben wir in diesem Jahr eine neue Haushaltsstelle in Höhe von 200.000 Euro gebildet. Das kann nur der Anfang sein. Die Inklusion wird unsere Schulen verändern. Wir werden auch hier nur schrittweise vorgehen. Im Schulsystem sind wir finanziell nicht in der Lage, von heute auf morgen flächendeckend gemeinsamen Unterricht von allen Kindern mit und ohne Behinderungen an allen Schulen anzubieten.

Wir werden zunächst Schwerpunkteinrichtungen bilden können.

Gleichzeitig werden wir aber auch bei der Umsetzung der Inklusion in besonderer Weise darauf achten müssen, die Menschen nicht zu überfordern, und Kinder, Eltern und Lehrer auf einem schwierigen Weg mitzunehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Eltern frei entscheiden können, welcher Schultyp – Regelschule oder Förderschule – für sie, für ihr Kind der richtige ist. Wir werden nicht nur die Schulen räumlich ausstatten, Lehrerinnen und Lehrer müssen die Möglichkeit haben, sich auf diese neue Aufgabe vorzubereiten, sich zu qualifizieren. Einige Schulen werden hier vorangehen und gute Beispiele sein. Das Ziel der Inklusion, die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, ist richtig. Der Prozess dorthin wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern.

Die Ablehnung des Campusbahn-Projekts war schwierig für uns. Aber das Bahnprojekt war den Aachenerinnen und Aachenern zu groß, zu unflexibel und zu teuer. Was sicher eine breite Zustimmung finden würde, wäre der schrittweise Aufbau eines Elektrobussystems. Auf unsere Initiative wurden in diesen Haushalt sowohl Mittel für die Erarbeitung eines neuen Mobilitätskonzepts als auch Investitionsmittel beispielsweise für die Ladeinfrastruktur einer ersten reinen Elektrobuslinie zum Beispiel zur Erschließung der neuen Hochschulerweiterungsgebiete eingestellt.

Der allgemeine Ausbau der Elektromobilität und die Einführung einer Mobilitätskarte für Bahn, Bus, Car Sharing und Fahrradverleihsystem sind uns wichtige Anliegen.

Wichtig - und deshalb soll es hier auch Erwähnung finden - ist uns auch ein weiteres Projekt in Aachen: Die Weiterentwicklung von Aachen Nord. In diesem Gebiet werden mit einer intensiven Bürgerbeteiligung Finanzierung und Gestaltungsfragen für die Aufwertung eines großen Stadtviertels vorangetrieben. Hier fließen Stadtgestaltung und die Investitionen in das soziale Klima der Stadt ineinander.

Zum ersten Mal mussten in diesem Jahr sogar Rückstellungen für Verluste der EVA, der Holding der städtischen Unternehmen gebildet werden. Und sollte die Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes von Wirtschaftsminister Gabriel

Wirklichkeit werden, wird die Rentabilität der Stadtwerke weiter belastet und den Projekten vor Ort die wirtschaftliche Planungsgrundlage entzogen. Dies hat unter Umständen hier und da sogar eine Vollbremsung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor Ort zur Folge. Das von Sigmar Gabriel vorgelegte Eckpunktepapier zur Reform des EEG bremst die Energiewende und verunsichert die gesamte Branche, trifft vor allem aber die kleinen und mittleren Anlagenbetreiber, die kommunalen Stadtwerke und Bürgergenossenschaften. Für in Planung befindliche Projekte mit Windenergieanlagen an Land gibt es dann keine sichere Planungsgrundlage mehr.

Ist es „blinder Aktionismus“ oder weiß Sigmar Gabriel, weiß die große Koalition ganz genau, was sie tut? Die Große Koalition stoppt die in Gang gekommene Energiewende zugunsten von Kohle und Atomstrom. Alle Vorteile des neuen Gesetzes können die großen Energieversorger für sich verbuchen, alle Verunsicherungen und Begrenzungen gehen zu Lasten kleinerer und mittlerer Energieversorger, die in den vergangenen drei Jahren die Energiewende vorangebracht haben. Wir sollten gemeinsam in unseren Parteien auf die Folgen für die lokalen Stadtwerke hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Aufstellung des Haushalts haben alle Dezernate jede Ausgabe auf den Prüfstand gestellt. Es sind nur Projekte in diesem Haushalt finanziert, die auch realistisch umgesetzt werden können. Auf unseren Antrag ist zwar die Streichung der Mittel für die Sanierung des städtischen Wohnungsbestands zurückgenommen worden. Aber auch in diesem Bereich haben wir das Ausbautempo den realen Möglichkeiten der Umsetzung angepasst. Insgesamt haben Politik und Verwaltung mit diesem Haushalt eine gute Arbeitsgrundlage für den Finanzplanungszeitraum bis 2017 geschaffen. Eine einstimmige Annahme des Haushalts durch den Rat wäre das klare Zeichen, dass bestehende Strukturen in unserer Stadt erhalten und die vorhandenen Gestaltungsspielräume mit Vernunft und Augenmaß genutzt werden. Der Haushalt mag politisch nur der kleinste gemeinsame Nenner sein. Der kleinste gemeinsame Nenner ist aber für die Kämmerin und die städtischen Finanzen die beste, die billigste Lösung.

Zum Schluss also noch ein großes Danke schön an die Verwaltung, insbesondere an die Kämmerin und ihre Chefin!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!